

werden müssen. Ohne von Publizität nur positive Wirkungen zu erwarten, dürfte doch der größere Teil der katholischen Bevölkerung den dringenden Wunsch haben, bereits in der Phase vorläufiger Vorbereitung bis zum Herbst, also schon vor der Berufung der eigentlichen Vorbereitungskommission, also bei der Ausarbeitung des Statuts und eines ersten Rohprogramms *informativ* beteiligt zu werden. Auch ist zu fragen, ob die Zusammensetzung der vorläufigen Studiengruppe, über deren Tätigkeit bisher amtlich nichts bekannt ist, nicht gerade im Blick auf die Ausarbeitung einer Grundthematik der Ergänzung bedürfte, da ihre erste Besetzung wohl etwas zufällig und improvisiert anmutet. Noch wichtiger erscheint aber im jetzigen Stadium eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit und eine möglichst gründliche *Bestandsaufnahme* des kirchlichen Lebens. Denkt man bei beidem vornehmlich an *Meinungsumfragen*, bedient man sich wenigstens für die zweite Zielsetzung eines sehr zwispältigen Instruments. Für zuverlässigere Methoden der Grundlagenforschung, auf die der deutsche Katholizismus denkbar schlecht vorbereitet ist, dürfte allerdings selbst die dreijährige Vorbereitungszeit bis Herbst 1972 nicht reichen. Man wird also die geeigneten Wege erst finden müssen.

Ihre Ergebnisse werden zudem nicht mehr sein können als durch den Wolf zu drehendes Rohmaterial. Das Ziel kann nur sein, aus diesem Material nach sachverständiger Prüfung einige wesentliche theologisch und spirituell durchformte Leitlinien des Glaubensvollzugs im kirchlichen Handeln zu entwickeln, nicht dieses Handeln selbst im Detail zu regulieren oder auch nur die Masse der Fakten und Vorschläge in Gesetzesform zu bringen. Dieses Ziel, realisierbare und wahre Formen des Glaubens, ist ja das, was letztlich alle wollen und was sie, auch wenn sie es einander nicht zubilligen, anstreben: die Disziplinen und die Freischwebenden. Man wird also erst von diesem Ziel her die rechten Mittel finden müssen. Darum scheint eine allseitige Information im Entscheidungsprozeß, auch über die Entstehungsgründe der Entscheidungen als Meinungssammlung, schon weil diese erst den Rückfluß qualifizierter Meinung ermöglicht. Denkt man die Synode von diesem Ziel her, wird man darin nicht einfach Konzilsverwirklichung oder dessen einfache Fortsetzung sehen dürfen. Um ein Bild der Scholastiker zur Bezeichnung ihres Verhältnisses zu den „Autoritäten“ zu gebrauchen: Die Entwicklung ist vorangeschritten; wir sind zwar Kinder, aber wir sitzen auf den Schultern, nicht mehr auf dem Schoß des Konzils.

## Meldungen aus Kirche und Gesellschaft

### *Zur letzten Vollversammlung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken*

Hatte man zur Diskussion der Ergebnisse des Essener Katholikentages für die Vollversammlung des Zentralkomitees im November 1968 (vgl. Herder-Korrespondenz 22. Jhg., S. 597) nur einen Tag angesetzt, so widmete man der letzten Vollversammlung vom 27. bis 29. März 1969 in Bad Godesberg, wo man u. a. über die Vorbereitung der deutschen Synode diskutierte, wesentlich mehr Zeit. Am ersten Tag beriet man unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die Diskussion bezog sich dabei hauptsächlich auf die Verabschiedung einer Geschäftsordnung der Vollversammlung und auf den Entwurf einer politischen Erklärung. Am zweiten und dritten Tag war wie schon in Frankfurt auch die Presse zugelassen. Vorübergehend nahm auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Döpfner*, der am 28. März morgens über den Synodenplan referierte, an der Vollversammlung teil. Es gab Schwerpunkte auf der Tagung, die schon erwähnte politische Erklärung, eine Stellungnahme des Zentralkomitees zum Synodenplan, die Fragen innerkirchlicher Zusam-

menarbeit mit den beiden Referaten der Professoren Kasper und Maier, auf die wir im nächsten Heft eingehen werden, den Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs, es gab aber keine sehr festumrissene Thematik und wenig Profil in der Diskussion.

#### *Vorblick auf die Synode*

Rangmäßig, aber keineswegs zeitlich nahm wohl die *Synode* den ersten Platz ein. Kardinal *Döpfner* benutzte die Gelegenheit, um zum erstenmal vor einem offiziellen Gremium ausführlicher den Plan aus der Sicht der Bischofskonferenz zu erläutern. In einem kurzen Referat skizzierte er die Vorgeschichte des Planes, einschließlich des Alternativvorschlages der Leiter der Seelsorgsämter zur Abhaltung einer rechtlich nicht verbindlichen Pastorkonferenz. Man habe sich vor allem deswegen gegen diesen Plan und für die Einberufung einer Synode entschieden. Wenn eine solche Konferenz nicht Fachdisput bleiben, sondern in die Breite wirken solle, bedürfe sie der gleichen gründlichen Vorberei-

tung wie eine Synode mit rechtlich *verbindlichen* Beschlüssen. Bei voraussichtlich vergleichbarem Aufwand habe man „den anspruchsvolleren und schwierigeren, in den Zuständigkeiten und Verbindlichkeiten aber ungleich klareren und durchsichtigeren Weg“ vorgezogen. Der Kardinal betonte sodann die Notwendigkeit eines breiten Mitwirkens der Öffentlichkeit bei der Vorbereitung und stellte rechtzeitige Information über diese in Aussicht. Bezüglich der *Zusammensetzung* der Synode vertrat er den Standpunkt möglicherst Überschaubarkeit — innerhalb des Zentralkomitees sprach man von 250 Mitgliedern als möglicher Teilnehmerzahl — bei möglichst breiter indirekter Beteiligung der kirchlichen Öffentlichkeit. Eine mögliche Thematik nannte der Kardinal nicht. Er beschränkte sich auf die Feststellung, diese werde eng an die Themenstellung des Konzils anschließen, dabei aber auch das „weite Feld gegenwärtiger Fragen um die Verkündigung, um das sakramentale Leben und die christliche Spiritualität, um die Diakone, um die Gemeindepastoral, den priesterlichen Dienst und das Apostolat der Laien, um die besonderen Probleme des kirchlichen Dienstes für die Familie, die Jugend und das Alter . . .“ zu behandeln haben.

In der Stellungnahme der Vollversammlung zur Synode, die nach mehreren Korrekturen und nach kurzer, nicht sehr ergebnisreicher Diskussion verabschiedet wurde, wurden die Ausführungen des Kardinals fortgesetzt bzw. aus der Sicht des Zentralkomitees ergänzt. Es meldet darin seine Erwartung an, bei der Vorbereitung der Synode mitzuarbeiten. Auch diese Stellungnahme sieht das Wirkungsfeld der Synode im engen Anschluß an das Zweite Vatikanum, in seiner Anwendung „auf die konkreten Fragen der Glaubensverkündigung, des pastoralen Dienstes und seiner Strukturen“. Gefordert wird eine „möglichst repräsentative Zusammensetzung“, die die verschiedenen *Dienste* in der Kirche sowie ihre gesellschaftlichen und regionalen *Gliederungen* berücksichtigt; eine möglichst breite Beteiligung der Öffentlichkeit an der Vorbereitung durch Anregungen „aus allen Gruppen und Gliederungen des Volkes Gottes“; eine möglichst genaue Prüfung der „faktischen Lage“ der Kirche in Deutschland; die Teilnahme von „Beobachtern aus anderen Konfessionen und Weltanschauungen“. Die Stellungnahme spricht schließlich die Warnung aus, von der Synode nicht „die gesamte Aufarbeitung aller heute anstehenden Probleme“ zu erwarten. Sie müsse vorbereitet, ergänzt und weitergeführt werden durch die Arbeit der anderen Organe, die auf Diözesan- und Bundesebene der gemeinsamen Verantwortung des gesamten Volkes Gottes für die eine Sendung der Kirche dienen.

Trotz der noch vagen Ahnungen bezüglich einer möglichen Thematik, dürfte (nach dem Beifall zu schließen) von der Mehrheit der Mitglieder die Warnung von Bundespräsident A. Gorbz (BDKJ) geteilt worden sein: nicht zu schnell an Strukturfragen heranzugehen, sondern *vorrangig* Grundfragen des Glaubensverständnisses zu behandeln. Die Laienvertreter des BDKJ, die sich mit ihren Präsidien am aktivsten an der Synodendiskussion beteiligten, wiederholten ihre bereits bekannten Thesen (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 14): Stärkung des Glaubensbewußtseins „angesichts des immer deutlicher werdenden Ungenügens der Verkündigung“; Prüfung der ökumenischen

Aufgaben der Kirche in der Bundesrepublik als einem konfessionsverschiedenem Land (bisher neben der Forderung nach ökumenischen Beobachtern der einzige „ökumenische“ Hinweis), Prüfung des kirchlichen Dienstes in einer hochindustrialisierten und demokratisch geprägten Gesellschaft.

Die meisten anderen Interventionen bezogen sich auf die Methodik der Vorbereitung: man forderte (ganz im Sinne Kardinal Döpfners) die vermehrte Anwendung der Mittel der *Meinungsforschung* (der BDKJ stellte eine Sonderbefragung der „jungen Generation“ in Aussicht); eine präzisere Formulierung des Auftrags der vor-vorbereitenden Studiengruppe, den dann Oberbürgermeister A. Beckel im Sinne der Aussagen von Kardinal Döpfner nach der Bischofskonferenz in Bad Honnef nochmals umschrieb (Rohentwurf des Statuts und der Grundthematik); Information und Mitwirkung der Mitglieder des Zentralkomitees an der Arbeit der Studiengruppe (wenigstens auf schriftlichem Wege).

### Widersprüchliche Bedenken

Gelegentlich wurde dabei die Befürchtung laut, bereits in der Phase der *vorläufigen* Vorbereitung könnten Entscheidungen getroffen werden, die später nicht mehr modifizierbar sind. Ein Diözesanvertreter verlangte deshalb, die Vollversammlung als solche sollte noch vor Abschluß der Arbeiten der Studiengruppe die Möglichkeit haben, dazu Stellung zu nehmen. Msgr. Ph. Boonen (Aachen) äußerte die Befürchtung, in der Synode könnten vornehmlich nur die „vorandrängenden Kräfte“ auf Kosten des Mittelfeldes und der Nachhut vertreten sein. Dem wurde vor allem von Bundespräsident P. Jakobi (BDKJ) widersprochen. Unter den organisatorisch versierten Teilnehmern (einschließlich der Geschäftsstelle) war man wohl eher von der Sorge bewegt, die Synode könnte sich schon im Verlauf ihrer personellen Konstituierung auf ein wenig dynamisches Mittelfeld einpendeln und an möglicher Initiativkraft einbüßen; eine Möglichkeit übrigens, die sich in der jetzigen Zusammensetzung und Diskussionsweise der Vollversammlung bereits deutlich abzeichnete. Auch schien das Bemühen der Vollversammlung etwas zu sehr auf die Frage einer schicht-

gerechten Repräsentanz des Kirchenvolkes als auf eine möglichst optimale Vertretung und Mitwirkung des Sachverständigen konzentriert zu sein. Hier zeigten sich bereits gewisse *Grenzen* eines vornehmlich auf den neuen diözesanen Gremien aufbauenden Synodenkonzepts.

Die Frage, wie in der Breite des Kirchenvolkes die Synode konkret mitvorbereitet werden könnte, tauchte nochmals mit der Vorschau des Generalsekretärs auf die mögliche Thematik des nächsten („Kleinen“) *Katholikentages* in Trier (1970) auf. Als vorherrschende Meinung schälte sich dabei heraus: Dieser Katholikentag müsse als ein Forum öffentlicher Meinungsbildung zwar die Synode im Auge behalten, solle sich aber nicht auf Fragen des innerkirchlichen Lebens beschränken und die gesellschaftlichen Fragen als vornehmlich von Laien getragene Veranstaltung nicht verdrängen oder vernachlässigen. Im Ganzen konnte aber der Ausgleich zwischen Synodenvorbereitung und „gesellschaftspolitischem“ *Kontrastprogramm* (*Kronenberg*) nicht gefunden werden. Man spürte besonders bei Diözesanvertretern das Bedürfnis, mit ihren eigenen Aufgaben und dem Selbstverständnis ihrer Gremien zurechtzukommen und von daher zu einem gesellschaftsgerechten Selbstverständnis der Kirche als Gemeinde zu kommen. Bei aller Berechtigung dieses Anliegen wird also wohl einiges unternommen werden müssen, um gerade im Blick auf die Synode und über den nächsten Katholikentag, der schon nach Essen als Katholikentag der *Mandatsträger* (O. B. Roegel) charakterisiert wurde, eine Verstärkung des Introversionstrends zu vermeiden. Deswegen auch die Forderung, zu dem kommenden Katholikentag zwar „gezielt einzuladen“ (Staatssekretär H. Köppler), aber diesen selbst nicht durch Beschränkung auf Mandatsträger stärker zu institutionalisieren.

### Zwiel mit sich selbst beschäftigt

Im übrigen waren Thematik und Verlauf der Vollversammlung selbst bezeichnender Ausdruck dafür, wie sehr man im kirchlichen Bereich gegenwärtig mit sich selbst beschäftigt ist und wie sehr Struktur- und Organisationsfragen überall Diskussionen und Kräfte binden, ohne bisher selbst einer plausiblen Lösung

näher gebracht worden zu sein. Die anderen Fragen schienen mehr nebenherzulaufen. Die politische Erklärung, die mehr Tradition weiterführt, als die Ursachen des politischen Wandels herauschält, wurde zwar eingehend diskutiert; die Diskussion erbrachte aber kaum neue Aspekte, weder zum Deutschlandproblem noch zu den rechten und linken Formen des politischen Radikalismus, noch zur Reform des parlamentarischen Systems. Darüber mochte man sich wundern, denn unter den Einzelpersonlichkeiten, die Mitglieder des Zentralkomitees sind, befinden sich mindestens drei engagierte Politikwissenschaftler (von den CDU-Politikern ganz abgesehen). Aber auch die Politikwissenschaft schien neben dem theologischen Referenten (*W. Kasper*: „Art und Funktion der Räte des Laienapostolats der Kirche“) durch das Referat von Prof. *Maier* („Probleme der Neuverfassung des deutschen Katholizismus“) mit kirchlichen Strukturfragen eingedeckt. Der Entwurf zu einer Erklärung zum *Vietnamproblem*, der bereits am Vortag von der Presse verbreitet worden war, erhielt „wegen des zu mageren Inhalts“ keine Mehrheit. Die ebenfalls erst im letzten Augenblick diskutierte Stellungnahme zur *Sudankrise* wurde zwar von der Mehrheit gebilligt, mußte sich aber naturgemäß auf Appelle zur größerer Humanität, zur Hilfe für die Flüchtlinge und zu umfassenderer Publizität beschränken. Dennoch stieß die Erklärung auf Kritik bei der Bonner Vertretung der Arabischen Liga, die feststellte, „einige Stellen“ würden in der Bundesrepublik das Süd-Sudan-Problem künstlich hochspielen, und der Bundesregierung bedeutete, solches „Hochspielen“ könne nicht im Interesse der guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den arabischen Staaten liegen. Ein Beschluß von einigem innerkirchlichem Gewicht war die Forderung an die Bischofskonferenz, die Funktion der bisherigen *Kirchenvorstände* in die neugeschaffenen Pfarrgemeinderäte zu integrieren, um diesen auch ein *finanzielles* Mitspracherecht in Gemeindeangelegenheiten zu sichern. Es gab einigen Widerspruch, vor allem von seiten geistlicher Redner, die wohl im Sinne der bisher auch im Episkopat vorherrschenden Meinung den Rat gaben, man sollte die neuerrichteten

Gremien einstweilen nicht mit „finanziellen Belangen belasten“. Aber die EntschlieÙung, in der das Zentralkomitee auf Vorschlag aus der Vollversammlung eigene Vorschläge ankündigte und an den Episkopat appellierte, inzwischen keine präjudizierenden Entscheidungen zu treffen, wurde dann doch mit großer Mehrheit angenommen.

Im Ganzen hatte die Konzentration auf Strukturfragen sicher etwas Gutes. Die Referate von *Kasper* und *Maier* lieferten den notwendigen theologischen zeitgeschichtlichen Diskussionsstoff dazu. Die Aussprache zeigte, wie sehr die Mitglieder der neuen diözesanen Gremien und das Zentralkomitee selbst erst zu ihrer Rolle finden müssen, wie man sich mit dem verstärkten Verlangen nach innerkirchlicher Mitsprache und Mitentscheidung in die Gefahr einer Überinstitutionalisierung und Veramtlichung begibt, wie man aber andererseits mit eigenen Initiativen kargt.

Die Vollversammlung, insbesondere der Rechenschaftsbericht von Generalsekretär *Kronenberg*, zeigte auch, daß das Klima der Zusammenarbeit mit dem Episkopat immer noch einer Verbesserung bedarf und daß letzte Reste des Mißtrauens bei einem Teil des Episkopats nicht beseitigt sind. Sonst wäre weder einsichtig, wieso bisher keine Mittel für die Schaffung einer Stelle für *Information und Öffentlichkeitsarbeit* freigesetzt wer-

den konnten, noch welche Gründe es für die Ablehnung eines eigenen *Beirates für kirchliche Fragen* (einschließlich der ökumenischen) beim Zentralkomitee durch den Episkopat gibt. Gerade im Blick auf die Synode hätte ein solcher Beirat, auch als Diskussions- und Umschlagplatz für die gewünschte Sammlung von Anregungen und Informationen von unten — aus den Diözesen und Verbänden —, eine nicht unwichtige Rolle zu spielen. Auch ein weiteres Faktum ist Zeichen einer bisher kaum überwundenen Malaise: Die Bischofskonferenz muß nicht nur der Berufung jedes einzelnen Mitglieds in die vom Zentralkomitee errichteten oder zu errichtenden *Beiräte* zustimmen. Sie will zur Beratung der Bischöflichen Hauptstellen, die zu den wesentlichen Aufgaben dieser Beiräte gehört, nicht alle Mitglieder der Beiräte zulassen, sondern nochmals zusätzlich auswählen. Solange man es mit solchen Fragen noch so peinlich genau nimmt, ist das „Schmoren in den Strukturdebatten“ („Süddeutsche Zeitung“, 1.4.69) verständlich. Die Debatte über den Katholikentag in Trier und der Vorschlag von *Kronenberg*, möglichst noch in diesem Jahr einen eigenen gesellschaftspolitischen Kongreß zu veranstalten, zeigten aber, daß man sich dabei keineswegs wohl fühlte und daß die Stimmen sich mehren, die neu nach der Verantwortung der Katholiken in der Gesellschaft rufen.

## Die vierte Vollversammlung des holländischen Pastoralkonzils

Kardinal *B. Alfrink* hat in seiner Eröffnungsansprache der vierten Vollversammlung des holländischen Pastoralkonzils vom 9. bis 11. April in Noordwijkerhout als Antwort auf die ihm in einer Resolution der Dritten Vollversammlung (vgl. Herder-Korrespondenz 23. Jhg., S. 57 ff.) gestellten Fragen versucht, die Position der Bischöfe auf diesem „Pastoraal beraad“ näher zu erklären. Es gehe dabei weder darum, den Gläubigen Gelegenheit zu geben, ihre Wünsche und Ansichten auszusprechen, um dann die Bischöfe darüber urteilen zu lassen, noch sei diese Versammlung ein demokratisches Parlament, dessen Beschlüsse dann an die Bischöfe zur Ausführung weiter-

geleitet würden. „Ersteres würde der Verantwortlichkeit der Gläubigen nicht gerecht und letzteres würde die Verantwortlichkeit der Bischöfe verkennen.“

Nicht zufällig wurde dann noch die unveräußerliche Eigenverantwortlichkeit der Bischöfe betont, die, selbst wenn sie gewählt würden, nicht von einem Mandat des Volkes, sondern von ihrem Sendungsauftrag sich ableitet. Denn man stand in Holland noch unter dem Eindruck der „Utrechter Affäre“. (Die Utrechter Studentengemeinde hatte im Zuge ihrer langjährigen ökumenischen Bemühungen einen protestantischen Geistlichen eingeladen, in einer Eucharistiefeyer Brot und Wein zu